

Beiträge ÖkoLinX-ARL

Wortprotokoll

über die

51. Plenarsitzung

der Stadtverordnetenversammlung

am Donnerstag, dem 24. Februar 2011

(16.02 Uhr bis 00.47 Uhr)

Frage Nr. 1896.....	9
Stadtverordneter Uwe Paulsen, GRÜNE:.....	9
Oberbürgermeisterin Dr. h. c. Petra Roth:.....	9
Frage Nr. 1913.....	24
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, FAG:.....	24
Stadtrat Markus Frank:.....	24
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1863.....	28
Stadtverordnete Sylvia Weber, SPD:.....	28
Stadtrat Dr. Lutz Raettig:.....	29
Stadtverordneter Uwe Paulsen, GRÜNE:.....	31
Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE:.....	32
Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU:.....	32
Stadtverordneter Wolff Holtz, fraktionslos:.....	33
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1865 ←.....	33
Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU:.....	33
Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE:.....	34
Stadtverordneter Wolfgang Hübner, FREIE WÄHLER:.....	35
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:.....	36
Stadtkämmerer Uwe Becker:.....	36
Stadtverordneter Achim Fey, FAG:.....	37
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1867.....	38
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, FAG:.....	38
Stadtverordneter Robert Lange, CDU:.....	39
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, FAG:.....	39
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1868.....	40
Stadtverordnete Dr. Katharina von Beckh, FREIE WÄHLER:.....	40
Stadtverordneter Wolff Holtz, fraktionslos:.....	40
Stadtverordnete Dr. Heike Hambrock, GRÜNE:.....	41
Stadtverordneter Klaus Vowinkel, CDU:.....	42
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:.....	42
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1870.....	43
Stadtverordneter Jörg Krebs, NPD:.....	43
4. Verabschiedung der Tagesordnung II.....	44
5. Kulturcampus Bockenheim.....	44
Mündlicher Bericht der Oberbürgermeisterin zur Bürgerbeteiligung	
Oberbürgermeisterin Dr. h. c. Petra Roth:.....	44
Stadtverordnete Gisela Becker, LINKE.:.....	48
Stadtverordneter Ulrich Baier, GRÜNE:.....	50
Stadtverordnete Brigitte Reifschneider-Groß, FDP:.....	53
Stadtverordnete Elke Sautner, SPD:.....	54
Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU:.....	55
Stadtverordnete Dr. Katharina von Beckh, FREIE WÄHLER:.....	58
Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:.....	58
Stadtverordneter Ulrich Baier, GRÜNE:.....	60
Stadtverordneter Jochem Heumann, CDU:.....	61
Stadtverordneter Lothar Reininger, LINKE.:.....	62

Stadtv. Lothar Reininger -
LINKE

Herr Stadtkämmerer Becker
hat sich im Namen der Stadt
Frankfurt am Main bei der
Anhörung im Hessischen
Landtag am 3. November
2010 für die Verankerung
einer Schuldenbremse
ausgesprochen.

Ich frage den Magistrat:
Ist es zutreffend, dass sich
Herr Stadtkämmerer Becker
im Namen der Stadt
Frankfurt am Main bei der
Anhörung im Hessischen
Landtag am 3. November
2010 für die Verankerung
einer Schuldenbremse
ausgesprochen hat, und auf
welchen Beschlüssen
städtischer Gremien gründet
diese Erklärung im Namen
der Stadt Frankfurt?

Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:

Hallo, guten Tag. Herr Hübner, die braunen Zeiten haben wir hinter uns, das sind mit Sicherheit nicht die Perspektiven und die Zukunft dieses Landes.

Es ist unglaublich, wie hier versucht wird, sich beim Thema Schuldenbremse seriös darzustellen. Tatsächlich haben wir seit der rot-grünen Bundesregierung eine tiefe Spaltung in diesem Land, eine soziale Spaltung, eine Verarmung des einen Teils, denn das Geld, die Gewinne, werden in die andere Seite geschoben. Wir haben eine Weltwirtschaftskrise gehabt, wo man das Geld den Banken gegeben hat, und zwar milliardenweise, weltweit billionenweise. Auf der anderen Seite hat es noch tiefere Verarmung gegeben, und jetzt macht man eine Schuldenbremse. Für wen sind denn die Schulden gemacht worden? Für das Kapital, nicht für die Leute draußen, nicht für die Menschen hier in der Stadt!

(Beifall)

Es ist eine Unverschämtheit, so etwas Schuldenbremse zu nennen. Das zementiert die soziale Spaltung, das ist sozusagen die Schatzkiste des großen Kapitals, nichts anderes. Wolff Holtz, du weißt das. Wenn du hier wieder reinkommst, dann wirst du an diesem Punkt deine Meinung ändern müssen. Das heißt, Sie werden die Quittung bekommen, auch Herr von Wangenheim. Nicht nur in Nordafrika, auch hier werden die Menschen irgendwann die Schnauze voll haben, wenn es so weitergeht.

Wenn diese Schuldenbremse durchgezogen wird, bekommen wir die gleichen Verhältnisse, Verarmung auf der einen Seite, Bereicherung auf der anderen Seite, wie in Griechenland. In Griechenland bricht die Wirtschaft zusammen, woran das deutsche Kapital beteiligt ist. Die Menschen gehen auf die Straße, weil man ihnen jetzt das Einkommen wegnehmen will. Die Lehrer sollen weniger Einkommen bekommen, die Angestellten im öffentlichen Dienst, in den Betrieben, die Leute sollen bluten für die anderen, die das Geld ausgegeben haben. Genau das wollen Sie! Dieses Instrument schaffen Sie für ganz Europa, für die Bundes-

republik, und das ist Klassenkampf von oben und nichts anderes. Sie werden Ihre Antwort dafür bekommen. Danke!

(Beifall)

**Stellvertretender
Stadtverordnetenvorsteher Ulrich Baier:**

Als nächster Redner hat Herr Stadtkämmerer Becker das Wort. Ich darf aber den anderen noch sagen, wir haben noch zwei Minuten Redezeit, falls jemand noch nach ihm sprechen möchte. Bitte schön!

Stadtkämmerer Uwe Becker:

Herr Stadtverordnetenvorsteher, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist eindrucksvoll, mit welcher Finanzkompetenz hier LINKE. und ÖkoLinX-ARL auftreten. Die Schuldenbremse soll dazu dienen, dass wir das Natürlichste auf der Welt tun, nämlich nicht mehr Geld auszugeben - ja, Herr Zieran, ich sehe es als natürlich an - als man hat. Dass sich das Bundesland Hessen auf die Fahne schreibt, das ab dem Jahr 2020 zu tun, weil eine Grundgesetzänderung, auf die auch Herr zu Löwenstein hingewiesen hat, das den Ländern nun einmal vorgibt, ist konsequent und richtig. Wenn Sie ein Bild zeichnen, das habe jetzt alles damit zu tun, dass man hier die Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise und, wie Sie das ausführen, des Großkapitals zu tragen habe, dann will ich Ihnen einmal zwei Grafiken vor Augen halten. Da geht es zum einen um die Gewerbesteuerumlage der Stadt Frankfurt seit 1990, die im Zusammenhang mit dem Aufbau Ost in die neuen Bundesländer geflossen ist, um im Grunde genommen das wieder hinzubekommen, was Ihre Partei, lieber Herr Reininger - Sie waren zu der Zeit alle im ähnlichen Club unterwegs -, dort veranstaltet hat, nämlich eine ganze Volkswirtschaft zugrunde zu richten.

(Beifall)

Von 1991 bis 2010 hat allein die Stadt Frankfurt am Main 1,9 Milliarden Euro über die Gewerbesteuerumlage in den Fonds

6.1	Konsolidierter Gesamtabchluss 2009 der Stadt Frankfurt am Main (Konzernabschluss)	63
	Vortrag des Magistrats vom 10.12.2010, M 244	
	<u>hierzu</u> : Antrag der SPD vom 24.02.2011, NR 2182	
6.2	Frankfurter Bürgerhaushalt	63
	Vortrag des Magistrats vom 10.12.2010, M 22	
	<u>hierzu</u> : Antrag der SPD vom 09.02.2011, NR 2171	
	<u>hierzu</u> : Antrag der LINKE. vom 23.02.2011, NR 2180	
	<u>hierzu</u> : Anregung des OBR 6 vom 08.02.2011, OA 1279	
	<u>hierzu</u> : Anregung des OBR 3 vom 10.02.2011, OA 1280	
	Stadtkämmerer Uwe Becker:	63
	Stadtverordneter Achim Fey, FAG:	69
	Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:	71
	Stadtverordneter Klaus Oesterling, SPD:	73
	Stadtverordneter Wolfgang Hübner, FREIE WÄHLER:	75
	Stadtverordneter Helmut Heuser, CDU:	77
	Stadtverordneter Olaf Cunitz, GRÜNE:	80
	Stadtverordneter Peter Feldmann, SPD:	82
	Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:	85
	Stadtverordneter Helmut Heuser, CDU:	87
7.	Luftqualität tatsächlich verbessern - Umweltzone abschaffen	89
	Antrag der FDP vom 25.01.2011, NR 2163	
	Stadtverordnete Martina Feldmayer, GRÜNE:	90
	Stadtverordnete Annette Rinn, FDP:	92
	Stadtverordneter Jan Klingelhöfer, SPD:	94
	Stadträtin Dr. Manuela Rottmann:	96
	Stadtverordneter Wolff Holtz, fraktionslos:	98
	Stadtverordneter Martin Daum, CDU:	100
	Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, FAG:	102
	Stadtverordnete Carmen Thiele, LINKE.:	104
	Stadtverordneter Michael Langer, REP:	105
	Stadtverordneter Hans-Günter Müller, FREIE WÄHLER:	107
	Stadtverordneter Robert Lange, CDU:	108
8.	Sanktionen nach § 31 SGB II gegen Hartz IV-Bezieher in Frankfurt sofort aussetzen!	109
	Antrag der LINKE. vom 25.01.2011, NR 2160	
	Stadtverordneter Hans-Joachim Viehl, LINKE.:	109
	Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld:	111
	Stadtverordneter Rudi Baumgärtner, SPD:	112
	Stadtverordneter Patrick Schenk, FREIE WÄHLER:	113
	Stadtverordneter Stephan Siegler, CDU:	114
	Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:	114
	Stadtverordneter Hans-Joachim Viehl, LINKE.:	115
	Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:	117

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Danke schön, Herr Stadtverordneter Schenk!
Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn
Stadtverordneten Siegler von der CDU-
Fraktion. Bitte schön!

Stadtverordneter Stephan Siegler, CDU:

Sehr geehrter Herr Vorsteher,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Viehl, ich beglückwünsche Sie zum
Zertifikat der erfolgreichen Teilnahme am
Rhetorikseminar der Fidel Castro-
Rednerschule.

(Zurufe)

Sie feuern einen rhetorischen Budenzauber
ab, der vielleicht für einen Parteitag der
LINKE. geeignet ist. Menschenwürde,
Terrorparagraph, Entrechtung, das sind
Worte, die ich zurzeit nur im Zusammenhang
mit Ägypten, Libyen und dem Iran höre.

(Zurufe)

Ich könnte Ihnen jetzt ein Plädoyer dafür
halten, wie wichtig es ist, engagiert
Menschen wieder auf die Beine zu helfen.
Rudi Baumgärtner hat schon ein paar
wichtige Sätze dazu gesagt. Wir sollten
darüber nachdenken, ob wir den Menschen
damit helfen, dass sie wieder Engagement
entwickeln, wenn wir Ihnen sagen, dass wir
auch jeden Morgen aufstehen, engagiert
unseren Aufgaben nachgehen - auch hier im
Parlament - und sogar um kurz vor halb eins
noch Reden der LINKE. ertragen, inklusive
der zweiten Wortmeldung, die angedroht
wird.

(Zurufe)

Sie wollen nicht ernsthaft über das Thema
diskutieren. Sie wissen genau, dass Sie
nichts dazulernen wollen, deswegen ver-
weise ich auf die Fakten, die die Dezernentin
vorgetragen hat, und beteilige mich an dieser
Stelle nicht weiter am Zeitdiebstahl.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Danke schön, Herr Stadtverordneter Siegler!
Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn
Stadtverordneten Zieran. Bitte sehr!

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-
ARL:**

Man merkt, dass viele in diesem Hause noch
nie etwas mit Armut zu tun hatten, in einer
Situation zu leben, die relativ aussichtslos ist.
Man merkt, dass Sie wenig Berührung mit
jungen Leuten haben, die von der Uni zu den
Jobcentern kommen und ihren Job nach
einem halben Jahr gekündigt haben, weil sie
mit der Unmenschlichkeit der Kollegen in
diesen Jobcentern nicht zurecht kommen.
Die Unmenschlichkeit, die aber nicht daher
kommt, weil die Menschen, die dort arbeiten,
characterschwach sind, sondern weil sie
Regeln aufgezwungen bekommen, die es
ihnen nicht ermöglichen, menschlich zu
handeln. Dass das so ist, ist doch offensicht-
lich. Lesen Sie den Antrag der LINKE., darin
stehen Fakten, die man in der Frankfurter
Allgemeinen Zeitung, in der Frankfurter
Rundschau und in der taz lesen kann.
Warum entscheiden die Gerichte ständig
zugunsten derjenigen, die von diesen Ämtern
schikaniert werden? Weil sie eben schikaniert
werden. Weil diese Sanktionen menschen-
unwürdig sind und weil sie gegen das Grund-
gesetz verstoßen.

(Beifall)

Die Sanktionen sind unwürdig und die
Gesetze sind nicht demokratisch legitimiert.
Es sind diktatorische Gesetze gegen die
Grundrechte und die Freizügigkeit, die in dem
Grundgesetz gewährleistet werden. Wir
wollen keine Diktatur, weder in Ägypten noch
hier in Deutschland, auch nicht gegenüber
den Menschen, die unten stehen.

Lassen Sie mich etwas zum Geld sagen. Es
ist schon fast ein Hohn. Sie entscheiden
nebenbei über Projekte wie EZB oder Alt-
stadtrekonstruktion. Dabei wird über Millionen

geredet, das ist nie ein Problem, aber hierbei geht es um ein paar wenige Euro. Das muss man abwägen. Das kann man nicht auf den Haushalt der Stadt aufschlagen. Wieso denn nicht? Wir brauchen eine Umverteilung in dieser Stadt von denjenigen, die zu viel haben, zugunsten derjenigen, die zu wenig haben. Schluss mit dem sozialen Terror in den Jobcentern!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher
Karlheinz Bührmann:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Stadtverordneten Viehl von der Fraktion der LINKE. Bitte sehr!

**Stadtverordneter Hans-Joachim Viehl,
LINKE.:**

Ihr habt es in der Hand, ob es spät wird oder nicht. Macht nicht solche Trickereien.

Ich habe vorhin den Begriff „Terror“ angewandt. Man kann das in Wikipedia nachlesen, Terror wird dort folgendermaßen erklärt. Erstens: „Terror ist die systematische und oftmals willkürlich erscheinende Verbreitung von Angst und Schrecken durch ausgeübte oder angedrohte Gewalt, um Menschen gefügig zu machen.“

Zweitens: „Terror ist ein über längere Zeit andauerndes Verhalten gegenüber anderen Menschen, bei denen man mit Drohungen, Zwang und Gewalt diese einschüchtern und anschließend beherrschen will.“ Im Duden finden wir zu Terror folgende Erklärung: „Druck, Nötigung, Zwang, Diktat, Pression.“

Insoweit war der Begriff nach meinem Dafürhalten richtig angebracht. Sie haben in unserem Antrag ...

(Zurufe)

Herr Vowinckel, Sie sind heute das letzte Mal da, hören Sie doch bitte zu.

Sie haben in dem Anhang zu unserem Antrag die Unterzeichner gesehen. Würden Sie diesen namhaften Professoren - das frage ich

Sie, Frau Stadträtin Professor Dr. Birkenfeld - bescheinigen, dass sie alle bescheuert sind? Diese haben sich etwas dabei gedacht, als sie gesagt haben, dieser Sanktionsparagraf muss ausgesetzt werden. Es sind Mitglieder der CDU, SPD und GRÜNEN dabei. Die GRÜNEN im Bundestag haben sogar einen Antrag zur Aussetzung der Sanktionen eingebracht. Davon weiß Herr Cunitz, Rechtsausleger der GRÜNEN, gar nichts. Das ist hoch interessant.

(Beifall)

Die Studie von Thomas Wagner, sechs Seiten lang, im Internet abrufbar, von der Fachhochschule Düsseldorf, Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften, hat sich mit den Auswirkungen der Sanktionen befasst. Er hat Arbeitslose befragt, wir auch. Wir haben eine eigene Arbeitsloseninitiative, die die Menschen zu den Jobcentern begleitet, die sogenannten „Lucky Loser“. Die könnten Ihnen etwas erzählen. Hier aus den Parlamentssesseln heraus können Sie nicht entscheiden, was mit den Menschen los ist. Hier wird mit Arroganz darüber hinweggegangen. Man kann über die einzelnen Punkte unseres Antrages durchaus geteilter Meinung sein. Was will der Antrag denn? Er sagt in erster Linie, dass der Magistrat sich diesem Sanktionsmoratorium führender prominenter, intellektueller Leute und Politiker aus den eigenen Parteien, der Sozialwissenschaft und der Kirchen, Nell Breuning-Institut und Diakonie, anschließen möge. Der zweite Punkt sagt, dass sich auch die Oberbürgermeister auf Bundesebene dafür einsetzen sollen, diesen Sanktionsparagrafen auszusetzen und zu prüfen, ob er überhaupt etwas bringt. Denken Sie einmal an die Kinder, denen man das Taschengeld kürzt, eine tolle Erziehungsmaßnahme. Die Kinder zeigen den Eltern eine lange Nase. Die Maßnahme bewirkt gar nichts. Wo ist der Beweis, dass Sanktionen auch nur irgendetwas bringen?

(Beifall, Zurufe)

Mit welchen Menschen haben wir es denn zu tun? Es geht um Menschen, die zum Beispiel einer Meldepflicht nicht nachkommen oder die irgendwie eine Arbeitsmaßnahme nicht durchstehen. Teilweise sind das Leute mit schweren psychischen Problemen. Erreichen